

# Donau-Institut Working Papers

Péter Csingár

## **Radikale Veränderung** **Das Wahlprogramm (Parlamentswahlen) der Jobbik für** **die nationale Selbstbestimmung und gesellschaftliche** **Gerechtigkeit**

Donau-Institut Working  
Paper No. 37  
2013  
ISSN 2063-8191

**Péter Csingár**

*Radikale Veränderung*

*Das Wahlprogramm (Parlamentswahlen) der Jobbik für die nationale Selbstbestimmung und gesellschaftliche Gerechtigkeit*

Donau-Institut Working Paper No. 37

2013

ISSN 2063-8191

Edited by the Donau-Institut, Budapest.

This series presents ongoing research in a preliminary form. The authors bear the entire responsibility for papers in this series. The views expressed therein are the authors', and may not reflect the official position of the institute. The copyright for all papers appearing in the series remains with the authors.

Author's address and affiliation:

*Péter Csingár*

*Doktorand / Andrassy Universität Budapest*

E-Mail: csingarp@yahoo.de

© by the author

## Inhalt

1. Einleitung .....	1
2. Das Parteiprogramm – die Übersetzung .....	4
I. Das Vorwort von Gábor Vona, Kandidat für das Ministerpräsidentenamt .....	13
II. Aufklärung und Nichtigerklärung der Privatisierungsmissbräuche .....	15
III. Die Modifizierung des Beitrittsvertrages .....	16
IV. Arbeit statt „Stütze“: wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen! .....	16
V. Zurück vom Zigeunerweg .....	17
VI. Die Bekämpfung der Politikerkriminalität .....	21
VII. Die Aufstellung der Gendarmerie .....	22
VIII. Der Aufbau der Ungarischen Nationalgarde .....	23

## 1. Einleitung\*

Dieses Paper enthält im Wesentlichen einige Teilübersetzungen des Jobbik-Programms „Radikale Veränderung – Das Wahlprogramm der Jobbik für die nationale Selbstbestimmung und gesellschaftliche Gerechtigkeit“ für die Parlamentswahlen 2010<sup>1</sup>. Es ist deshalb als ein Grundsatzprogramm zu bezeichnen, weil es das längste (88 Seiten) und zugleich das allumfassendste und bekannteste von allen bisherigen Parteiprogrammen ist. Es nimmt zu jedem wichtigen Policy-Bereich relativ ausführlich Stellung und ist ansehnlich gestaltet. Das Gründungsdokument von 2003 ist seiner Natur nach entsprechend kurz gehalten, während das Wahlprogramm für die EP-Wahlen 2009 (Bethlen Gábor Programm) kaum zehn Seiten überschreitet und deswegen eher skizzenhaft bleibt. In diesem Programm sind jedoch die spätere Ausführungen bereits angelegt, die dann im hier zum Teil übersetzten Programm entfaltet werden. Als Kontext zum Parteiprogramm sei hier kurz die programmatische Schwerpunktbildung der Partei skizziert.

Jobbik ist eine aus einer Studentenorganisation (1999) erwachsene politische Partei (2003)<sup>2</sup>. Sie lässt sich je nach Theorie und Definition dem Neofaschismus, Neonazismus, Rechtsextremismus oder dem Rechtsradikalismus zuordnen<sup>3</sup>. Die Partei definiert sich selbst

---

\* Der Autor wurde im Rahmen des Projektes TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015 unterstützt.

<sup>1</sup> Das Programm wurde als erstes von allen Parteien bereits am 16.01.2010 vorgestellt (ca. 4 Monaten vor den Wahlen). Damit wollte die Partei deutlich machen, dass sie ein eigenes, umfassendes und ernst zu nehmendes Programm hat. Siehe dazu den Aufsatz vom Parteidirektor *Gábor Szabó*, *A Jobbik 2010 kampányának a története és előtörténete* [Die Geschichte und Vorgeschichte der Kampagne von Jobbik 2010], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.), *Magyarország Politikai Évkönyve 2010-ről. Kormányzat, Közpolitika, Közélet*, Budapest 2011 (DVD-Beilage, die dort versammelten Aufsätze weisen keine Seitenzahl auf).

<sup>2</sup> Umfangreiche Literaturhinweise zur Jobbik befinden sich im Fußnotenapparat des Aufsatzes vom Autor: *Péter Csingár*, *Konsolidierung oder Radikalisierung? Die Geschichte der Jobbik als neue politische Kraft*, in: <http://www.andrassyuni.eu/upload/File/Donau%20Institut/Working%20Papers/DIWPCsingrKonsolidierungoderRadikalisierungfinal2.pdf> (Stand: 07.02.2014), Dieser Beitrag ist idealerweise damit zusammen zu lesen, weil dort die Geschichte der Partei und ihre politikwissenschaftliche Bewertung erörtert werden.

<sup>3</sup> Zur Debatte in Ungarn: *Péter Csingár*, *Konsolidierung oder Radikalisierung? Die Geschichte der Jobbik als neue politische Kraft*, in:

<http://www.andrassyuni.eu/upload/File/Donau%20Institut/Working%20Papers/DIWPCsingrKonsolidierungoderRadikalisierungfinal2.pdf> (Stand: 07.02.2014); *Gábor Filippov*, *A név kötelez. A szélsőjobb kutatásának terminológiai problémái*, in: *Politikatudományi Szemle*, XX. Jg. (2010), H. 3, S. 133 – 153 (S. 143 f.); *Melani Barlai/Florian Hartleb*, *Länderportrait: Ungarn*, in: *Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus und Demokratie*, Band 20, Baden-Baden 2009, S. 215-234; *Melani Barlai/Florian Hartleb*, *Extremismus in Ungarn*, in: *Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten*, Wiesbaden 2011, S. 414-428. Allgemein zur Theoriediskussion bzgl. Definitionsprobleme und Funktionen von Extremismustheorien und radikalen Parteien ist – auch wegen den unterschiedlichen Positionen – lesenswert: *Eckhard Jesse/Tom Thieme*, *Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen*, in: ders. (Hrsg.) *Extremismus in den EU-Staaten*, Wiesbaden 2011, S. 11-32 und *Mudde/ Cristóbal Rovira*

als eine nationalradikale Kraft und legt in letzter Zeit großen Wert darauf, das Stigma des Extremismus in der Öffentlichkeit abzulegen. Unlängst hat die Partei einen erstinstanzlichen Erfolg gegen den Geschichtsprofessor *László Karsai* errungen, weil dieser die Partei in einer Fernsehsendung als eine „neonazistische“ bezeichnet hatte<sup>4</sup>.

Jobbik betrat von Anfang an den Weg der politischen Provokation und präsentierte sich als die *verschwiegene Stimme* des Volkes. Ihrer Meinung nach haben sich die regierenden Parteien in den letzten 20 Jahren zwar abgewechselt, aber nichts zu den Lösungen der Nachwendezeit beigetragen. Im Gegenteil: sie hätten sich nur bereichert und die wahren Probleme systematisch verschwiegen.

Diese beiden Probleme (Verschwiegenheit und unfähige Politiker) hat Jobbik in zwei prägende Begrifflichkeit übersetzt und zum Ausgangspunkt ihres Erfolges gemacht<sup>5</sup>. Erstens hat sie den Begriff der „Politikerkriminalität“ in ihre Kommunikation eingeführt. Damit hat sie das Ziel verfolgt, die herrschenden politischen Kräfte seit der Wende zu diffamieren und sich selber als „unbefleckt“ darzustellen. Dieser Vorwurf konnte bei der Bevölkerung schon deshalb auf fruchtbaren Boden fallen, weil es unzählige Korruptionsvorwürfe gegenüber den Parteien seit der Wende gibt, die niemals aufgeklärt wurden. Die Jobbik konnte als eine relativ neue Partei demgegenüber glaubhaft machen, dass sie an Korruptionsskandale nie beteiligt war. Mit dieser zielgerichteten „Anti-Establishment“-Attitüde erfüllt die Partei ein maßgebendes Kriterium der Forschung, das an radikale Parteien gestellt wird.

Neben der „Politikerkriminalität“ hat Jobbik – sich als wahre Stimme des Volkes präsentierend – den allseits umstrittenen Begriff der „Zigeunerkriminalität“ eingeführt. Dies hat ihr enorme Aufmerksamkeit sowohl im In- als auch im Ausland verschafft. Die Parteiobere haben zwar immer wieder betont, dass sie unter „Zigeunerkriminalität“ keinesfalls eine genetische Determination zur Kriminalität unter den Zigeuner verstehen. Dies ist jedoch angesichts der Aufmärsche der mit Jobbik

---

*Kaltwasser*, Populism and (liberal) democracy: a framework for analysis, in: Cas Mudde/ Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.), *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?*, S.1-26

<sup>4</sup> Siehe auf Deutsch die Publizistik: Pester Lloyd (v. 22.03.2013), Entnazifizierung per Gerichtsbeschluss, <http://www.pesterloyd.net/html/1312jobbikneonazis.html> (Abruf am 21.05.2013)

<sup>5</sup> Prozentual bedeutet dies 14.77% bei den EP-Wahlen 2009 (36% Wahlbeteiligung); 16.67% bei den Parlamentswahlen 2010. Wobei wegen der erhöhten Wahlbeteiligung 2010 die Partei die ihre Stimmen verdoppeln konnte (von ca. 428 000 auf ca. 855 000).

Alle amtliche Wahlergebnisse seit 1990 (Parlamentswahlen, Kommunalwahlen, EP-Wahlen, Volksabstimmungen) sind auf der Homepage ([www.valasztas.hu](http://www.valasztas.hu)) der ungarischen Wahlbehörde [Országos Választási Bizottság] frei zugänglich – auch in englischer Sprache. Alle Daten zu den Wahlergebnissen wurden von dort entnommen.

verzahnten – und mittlerweile aufgelösten<sup>6</sup> – ungarischen Garde und deren Hetzreden in von Roma dicht bevölkerten Dörfern gänzlich in den Hintergrund gerückt. Sie lässt vielmehr eine doppelbödige, auf Missverständnisse ganz gezielt angelegte Kommunikation vermuten. Wenn bei den Veranstaltungen der Garde regelmäßig die Rede davon war, dass „[es] unsere Aufgabe ist [es], die Bevölkerung gegen den Zigeunerterror und die Zigeunerhorden zu beschützen“<sup>7</sup>, dann wurde damit die Aufhebung der formalen Trennlinie zwischen genetischer Disposition und milieubedingter Kriminalität zumindest bewusst in Kauf genommen.

Ergänzt forderte Jobbik auch Veränderungen im sozialstaatlichen Bereich. Sie will Sozialhilfe an öffentliche Pflichtarbeit knüpfen<sup>8</sup> und subsumiert ihre Forderungen unter dem Motto: „Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen!“ Es ist nahezu unübersehbar, dass damit wiederum auf das von Arbeitslosigkeit und Armut gezeichnete Zigeunertum abgezielt wird und damit eine harte Gangart gegen die „integrationsunwillige“ Roma gefordert wird. Aus der Sicht der Wissenschaft erfüllt Jobbik damit das Kriterium des Ethnozentrismus, welcher für die radikalen Parteien ebenfalls charakteristisch ist.

Diese zwei, „Politiker- und Zigeunerkriminalität“, Erfolg versprechenden und zum Markenzeichen der Jobbik gewordenen Elemente waren von Anfang an von weiteren Projekten flankiert. Über die Grenzen hinaus bekannt geworden ist das Projekt der eben angesprochenen und mittlerweile verbotenen Ungarischen Garde geworden. Die Garde hat ihre eigene Geschichte<sup>9</sup> und ist als Vorstufe zur (Neu-)Gründung der Ungarischen Gendarmerie zu sehen. Letztere – aufgelöst mit

---

<sup>6</sup> Ersinstanzlich es Verbotsurteil am 16.12.2008 (19.P.26.453/2007/126); zweitinstanzlich Verbotsurteil am 02.07.2009 (5.Pf.20.738/2009/7); drittinstanzliches Verbotsurteil: Kfv.X.37.783.2009.6. Vor einigen Monaten wurden in Straßburg von der EGMRK die Auflösungen mit Urteil von 09.07.2013 bestätigt (Vona v. Hungary). Abrufbar ist das Urteil:

<http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/Pages/search.aspx#%7B%22documentcollectionid%22%3A%5B%22GRANDCHAMBER%22%2C%22CHAMBER%22%5D%2C%22itemid%22%3A%5B%22001-122183%22%5D%7D>.

<sup>7</sup> Vgl. Feststellungen im (drittinstanzlichen) Urteil zur Auflösung der Ungarischen Garde: Kfv.X.37.783.2009.6. Kommentar aus juristischer Sicht zum Urteil bei *Herbert Küpper*, A Legfelsőbb Bíróság ítélete a Magyar Gárda feloszlatása ügyében. A Magyar Gárda Hagyományörző és kulturális Egyesület és az egyesülési szabadság korláta, in: Jogesetek Magyarázata (2010) H. 2., 17-24.

<sup>8</sup> Mittlerweile ist diese Forderung leicht abgewandelt Realität geworden, allerdings eingeführt durch Fidesz-KDNP Regierung. Die öffentliche Pflichtarbeiter bekommen einen Nettolohn von 47 500 FT (ca. 180 €) im Monat.

<sup>9</sup> Kurz zusammengefasst bei Péter Csingár, Konsolidierung oder Radikalisierung? Die Geschichte der Jobbik als neue politische Kraft, in:

<http://www.andrassyuni.eu/upload/File/Donau%20Institut/Working%20Papers/DIWPCsingrKonsolidierungoderRadikalisierungfinal2.pdf> (Stand: 07.02.2014).

Ende des zweiten Weltkrieges<sup>10</sup> – ist mit autoritären Ordnungsvorstellungen der Partei verbunden und wird unmissverständlich als harte Reaktion auf „Zigeunerkriminalität“ verbunden. Der „Politikerkriminalität“ will die Partei mit der Errichtung eines „Gerechtigkeitszentrums“ Abhilfe schaffen. Dem Grunde nach geht es dabei um die Überprüfung von Privatisierungen und der Aufdeckung von Verstrickungen bedeutender Politiker in der sozialistischen Diktatur. Denn, das ist auch ein programmatischer Ausgangspunkt der Jobbik, eine wahre Systemtransformation von der sozialistischen Diktatur in die kapitalistische Demokratie hätte gar nicht stattgefunden. Die alten Eliten würden noch weiterregieren und hätten ihre politische Macht in wirtschaftliche und politische umgetauscht. Die parteiprogrammatische Reaktion auf diese beiden „Kriminalitätsformen“ stärkt das Profil der Partei als eine mit ausgeprägten und autoritären Ordnungs- und Sicherheitsvorstellungen. Dieser Punkt lässt Jobbik aus der Sicht der Forschung ebenfalls als ein Teil der rechtsradikalen Parteien erscheinen.

Ideell umrahmt werden diese Kriterien vom stark betonten Nationalgedanken, der sich auf alle Programmpunkte der Partei erstreckt (Umweltschutz, Globalisierung, Familienpolitik, Wirtschaft, Landwirtschaft, Steuerpolitik, Sozialpolitik etc.) und insbesondere als normatives Fundament der politischen Souveränität gedacht wird. Das bedeutet unter anderem eine sehr starke europaskeptische Haltung, die ab und an in EU-Feindlichkeit umschlägt und programmatisch darin mündet, dass die Beitrittsverträge nach Meinung der Partei revidiert werden müssen.

## 2. Das Parteiprogramm – die Übersetzung

Den obigen Ausführungen entsprechend wurden die Übersetzungen auf den Teil des Wahl- und Grundsatzprogramms erstreckt, welche die Fragen der „Zigeuner- und Politikerkriminalität“, des Euroskeptizismus, der Ungarischen Garde und der Gendarmerie berühren. Das Inhaltsverzeichnis wurde ganz übersetzt, um damit der Selektion, die der Autor hier getroffen hat, etwas entgegenzuwirken. Am Anfang steht das zum Teil übersetzte Vorwort vom Parteivorsitzenden, Gábor Vona, weil dieses den normativen und ideologischen Kern der Partei ganz verständlich auf den Punkt bringt.

---

<sup>10</sup> Zur Geschichte und Funktionen der Ungarischen Gendarmerie („Csendőrség“), siehe: József Parádi, *A magyar királyi csendőrség*. Budapest 2012 auf (zur Statistik siehe S. 138, zum Einfluss der französischen und österreichischen Vorbilder S. 27 f.). Zur Rolle der Csendőrség insbesondere ihre Beteiligung bei den Deportationen und Vollzug der Judengesetze betreffend, siehe den Aufsatz von Ferenc Kaiser, *A csendőrség a Horthy-korban, 1919-1945*, in: *Rubicon*, Jg. XX. (2010), H. 202, S. 14-25.

Bei der Übersetzung wurde die formale Gestaltungsweise übernommen. Ein wesentliches Gliederungsprinzip des Programms ist die Einführung einer Vergleichsperspektive unter jedem einzelnen Programmpunkt, der die wesentlichen Maßnahmen und Misserfolge der vergangenen 20 Jahre (Rubrik: „die vergangenen 20 Jahre“) betont und konträr dazu die eigene Programmatik vorstellt (Rubrik: „die schönere Zukunft“) vorstellt. Dieser formelle Gliederungsgesichtspunkt wird dadurch inhaltlich aufgeladen, dass damit die Partei ihre „Anti-Establishment“-Attitüde zum Ausdruck bringt, dass sie nämlich an den Verfehlungen der letzten zwanzig Jahre seit der Wende nicht beteiligt war.

Was im Programm **fett** hervorgehoben war, wurde jeweils **fett** übernommen. In den eckigen Klammern (zum Beispiel: [S. 22]) steht die Seitenzahl des Textes auf der es im Originaldokument steht. Schließlich wurde zur Erleichterung des Verständnisses ein kleines Endnotenapparat am Ende des Textes erstellt, in die Begriffserläuterungen und Erläuterungen der ungarischen Geschichte eingeflossen sind.

Der Verfasser hegt die Hoffnung, dass die Teilübersetzung des Parteiprogramms derart einen Beitrag zur Forschung leisten kann, dass sie für den Interessenten nun eine wichtige Primärquelle auf Deutsch zugänglich macht.



## **Radikale Veränderung**

### **Das Wahlprogramm (Parlamentswahlen) der Jobbik für die nationale Selbstbestimmung und gesellschaftliche Gerechtigkeit**

#### **Inhalt**

<b>I. Begrüßung von der Präsidentschaftskandidatin<sup>i</sup> Krisztina Morvai</b>	<b>5</b>
<b>II. Vorwort vom Ministerpräsidentenkandidaten<sup>ii</sup> Gábor Vona</b>	<b>6</b>
<b>III. Die ökosoziale nationale Wirtschaft</b>	<b>8</b>
III/1. Starke ungarische Wirtschaft	8
III.1.1. Ein starker und in der Wirtschaft aktiver Staat	9
III.1.2. Die Neustrukturierung der staatlichen Umverteilung	9
III.1.3. Die Reduzierung der Staatsverschuldung	9
III.1.4. Die Errichtung effektiver Staatlichkeit	10
III.1.5. Die Orientierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen Richtung Osten	10
III.1.6. Die Ausbruchspunkte der ungarischen Wirtschaft	11
III.1.7. Die Unterstützung der heimischen Unternehmen	11
III.1.8. Dem Ungarntum verpflichtete Bankensystem	12
III.1.9. Schaffen von Arbeitsplätzen	12
III.1.10. Wohnungsbauprogramm, Unterstützung von Wohnungserwerb	12
III.1.11. Die Verstärkung der regionalen Wirtschaft	13
III.1.12. Unterstützung der Bewegung für „Entscheide dich für die heimischen Produkte“ – Ungarischer Unternehmensausweis	13
III.1.13. Die Bekämpfung der Korruption	14
III.1.14. Die Aufklärung und Nichtigerklärung der Privatisierungsmissbräuche	15
III.1.15. Das Neudenken der Präsenz multinationaler Unternehmen in Ungarn	15

III.1.16. Steuerveränderungen in Bezug auf multinationale Unternehmen	16
III.1.17. Das Zurückdrängen unlauteren Wettbewerbs	16
III.1.18. Einkommenssteuer, Familiensteuer, Mehrwertsteuer, Sozialversicherung	16
III.1.19. Körperschaftssteuer und Kapitalertragssteuer	17
III.1.20. Monetäre Politik	17
<b>III.2. Die Provinz und das Umland: die bewahrende Kraft</b>	<b>18</b>
III.2.1. Etwas kann nicht zum Geld gemacht werden: der ungarische Boden	19
III.2.2. Die Modifizierung des Beitrittsvertrages <sup>iii</sup>	20
III.2.3. Die Errichtung einer Bank und Versicherung für die Provinz, lokale geldersetzende Zahlungsmittel	20
III.2.4. Die Wiederherstellung der volkserhaltenden Funktion der Landwirtschaft	20
III.2.5. Dem Gemeinwohl dienende Landwirtschaft und Agrarsektor	21
III.2.6. „Du bist das, was du isst“: Produktion qualitativ hochwertiger Lebensmittel	21
III.2.7. Die Nutzung von Biokraftstoff ausschließlich für Lebensmittelproduktion	21
III.2.8. Lebensmittel-Selbstverwaltung, lokaler Lebensmittelhandel	22
III.2.9. Die Entwicklung der Selbstbestimmungskultur lokaler Gemeinschaften	22
III.2.10. Die Dörfer sind die Grundeinheiten der Wirtschaft in der Provinz, sie sind der Ort für die Erholung der Gesellschaft	22

III.2.11. Die Sicherstellung der Wohlfahrt für die Mehrheit anstatt eines Wirtschaftswachstums für eine Minderheit	22
III.2.12. Die politische Elite muss in Sachen öffentlicher Gelder und staatlicher Bodennutzung zur Rechenschaft gezogen werden	23
<b>III/3. In Harmonie mit der Umwelt</b>	<b>23</b>
III.3.1. Die Modernisierung der Umweltbehörden, Reformen unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Beratung	24
III.3.2. Umweltbewusste Gesellschaft	24
III.3.3. Tierschutz: eine neue Richtung	24
III.3.4. Auf die Müllhalde der Geschichte mit den illegalen Mülldeponierern!	24
III.3.5. Die Unterstützung der gesunden ungarischen Lebensmittel und Produktionsverfahren	25
III.3.6. Der Schutz unserer Gewässer und die Erhöhung der Effektivität der Wasserwirtschaft	25
III.3.7. Die Erhöhung der Lebensqualität in den Städten	25
<b>III/4. Sichere Versorgung</b>	<b>26</b>
III.4.1. Energieunabhängigkeit und Sparsamkeit mit der Energie	27
III.4.2. Alternativen in der Energiepolitik	27
<b>III/5. Zeitgemäße Infrastruktur</b>	<b>28</b>
III.5.1. Die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Ungarischen Bahn	28
III.5.2. Öffentlicher Straßen-, Wasser- und Luftverkehr	29
III.5.3. Der Verkehr von Budapest	29
<b>III/6. Virtuelle Errungenschaften/Innovationen</b>	<b>30</b>

<b>IV. Gerechte und wachsende Gesellschaft</b>	<b>33</b>
<b>IV/1. Der Baustein der Nation</b>	<b>33</b>
IV.1.1. Die Veränderung der Familienförderung und die Besteuerung von Familien	33
IV.1.2. Die Unterstützung der Mütter bei der Arbeitssuche	34
IV.1.3. Die Veränderung des Rentensystems	34
<b>IV/2. Solidarität und Verantwortung</b>	<b>35</b>
IV.2.1. Arbeit statt „Stütze“: wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen!	35
IV.2.2. Das Schaffen von Wohnraum	36
IV.2.3. Menschen mit Behinderung sollen auch ein vollwertiges Leben führen!	37
IV.2.4. Die Verbesserung der Lage der Obdachlosen	37
IV.2.5. Eine breite Ausdehnung der Beschäftigung!	38
<b>IV/3. Wertschätzung für die Arbeit</b>	<b>38</b>
<b>IV/4. Zurück vom „Zigeunerweg“<sup>iv</sup></b>	<b>40</b>
<b>IV/5. Eine Zukunft hat nur eine gesunde Nation</b>	<b>42</b>
IV.5.1. Der Gesundheitszustand der Ungarn	43
IV.5.2. Die Gesundheitspolitik der Regierung	43
IV.5.3. Das System der Institutionen im Gesundheitswesen	45
<b>IV/6. Gesunder Körper, gesunde Nation</b>	<b>46</b>
IV.6.1. Sport im Schulunterricht	46
IV.6.2. Ohne Hintergrund gibt es auch keinen Sport	46
IV.6.3. Die Veränderung der sportpolitischen Struktur	47
IV.6.4. Die Verwertung der gesellschaftlichen und die Gesundheit fördernde Funktion des Sports	47

<b>V. Stolze Nation</b>	<b>48</b>
<b>V/1. Die beste Investition</b>	<b>48</b>
V.1.1. Verbindlicher Lehrplan, System für Bildungswesen	48
V.1.2. Echte Chancen schaffen in der Erziehung und Bildung	49
V.1.3. Die Verknüpfung der institutionellen Bildung und Erziehung mit den lokalen Gemeinschaften	50
V.1.4. Die Zurückdrängung von Gewalt in den Schulen und die Verstärkung der Autorität des Lehrers und der Lehrerlaufbahn	50
V.1.5. Statt Massen und Niveauverlust im Universitätswesen muss ein System entwickelt werden, dass einen qualitativ hochwertigen Abschluss sicherstellt	50
<b>V/2. Im Interesse unserer Werte</b>	<b>51</b>
V.2.1. Wertbewahrende und Werte schöpfende Kultur	52
V.2.2. Die Beziehung von Kultur und Wirtschaft	53
V.2.3. Die Zivilsphäre	53
V.2.4. Neukonzipierter öffentliche Dienst	54
V.2.5. Ausbau der Nation verpflichteten Medien	54
<b>V/3. Einheitliche Nation</b>	<b>55</b>
V.3.1. Ansichten und Handlungsweisen in der Volksungarnpolitik	56
V.3.2. Ungar bleiben im Geburtsland	57
V.3.3. Die Ungarn im Ausland, Emigration und in der großen Welt	57
V.3.4. Die Politik der Unterstützung	58
V.3.5. Nationale Minderheitenpolitik	58

<b>V/4. Der Ungar lebt in seinem Glauben</b>	<b>59</b>
V.4.1. Eine einheitliche Politik im Kirchenwesen, die in der Kategorie „aller Ungarn“ denkt	59
V.4.2. Die historisch-traditionellen Kirchen in der Gesellschaft	60
V.4.3. Die Neuordnung der Kirchenfinanzierung	60
V.4.4. Der Schutz der Immobilien der Kirche	60
V.4.5. Der gesellschaftliche Nutzen von Religions- oder Ethikunterricht	61
<b>V/5. Ihnen gehört die Zukunft</b>	<b>61</b>
V.5.1. Ungarische Jugendpolitik mit strategischem Weitblick	62
V.5.2. Eine selbstbewusste ungarische Jugend!	62
V.5.3. Die Gelegenheit für den Ausbau eines eigenen Lebens!	62
<b>VI. Ordnung, Sicherheit, Außenbeziehungen</b>	<b>63</b>
VI/1. Ordnung ist seine Seele	63
VI.1.1. Die Bekämpfung der Politikerkriminalität	64
VI.1.2. Die Schaffung einer starken und vertrauenswürdigen Polizei	64
VI.1.3. Die Aufstellung der Gendarmerie	66
VI.1.4. Die Bekämpfung der Korruption	66
VI.1.5. Durchsetzung von Zero-Toleranz beim Schaffen neuer Gesetze und bei der Gesetzesanwendung	66
<b>VI/2. Augen, die aufpassen</b>	<b>67</b>
VI.2.1. Systemtransformation bei den Geheimdienstbehörden	68
VI.2.2. Die Beziehung anderer Organisationen zum Geheimdienst	69
VI.2.3. Gesetzliche Grundlagen, zivile Kontrolle	69

<b>VI/3. Der Schutz der Heimat</b>	<b>70</b>
VI.3.1. Gesetzliche Garantie zur finanziellen Sicherung der Landesverteidigung	70
VI.3.2. Die Verstärkung des Personalbestands der Ungarischen Streitkräfte <sup>v</sup>	70
VI.3.3. Die Umgestaltung der Ungarischen Streitkräfte	71
VI.3.4. Der Aufbau der Ungarischen Nationalgarde [„Magyar Gárda“]	71
VI.3.5. Die Stationierung der Ungarischen Streitkräfte	72
VI.3.6. Die technische Entwicklung der Ungarischen Streitkräfte	72
<b>VI/4. Unser Platz in der Welt</b>	<b>72</b>
VI.4.1. Unsere Beziehungen zu den Großmächten und den bedeutenden Regionen	73
VI.4.2. Die Interessenvertretung des Ungarntums	74
VI.4.3. Neue Grundlagen für die Balkanpolitik	74
VI.4.4. Stabilität und erneuerte Beziehungen im Nahen Osten	74
VI.4.5. Unsere Vorfahren und Wurzeln, historische Beziehungen	75
<b>VI/5. Die Ungarn in Europa</b>	<b>75</b>
<b>VII. Nation, Gemeinschaft, Mensch</b>	<b>77</b>
VII/1. Die rechtliche Grundlage	77
VII.1.1. Ein Programm der Verfassungsgebung	78
VII.1.2. Die Notwendigkeit der Reformierung des Gesetzgebungsprozesses	79
<b>VII/2. Vor Ort ist die Gerechtigkeit</b>	<b>80</b>
VII.2.1. Die Definition von Gemeinwohl und Gemeingut	81
VII.2.2. Die grundlegende Veränderung der Gemeindefinanzierung	81
VII.2.3. Die Hierarchie in der ungarischen Verwaltung	81
VII.2.4. Die ökologisch nachhaltige Gemeindeentwicklung und – neuordnung	82

VII.2.5. Die Verantwortung der Gemeinderäte und der Delegierten	83
---	----

<b>VII/3. Schwert und Waage</b>	<b>83</b>
---------------------------------	-----------

<b>VII/4. Rechtsstaat und Freiheitsrechte</b>	<b>85</b>
---	-----------

## **I. Das Vorwort von Gábor Vona, Kandidat für das Ministerpräsidentenamt**

Es ist mir eine große Freude und Ehre, dass ich Sie auf das Wahlprogramm der Jobbik für die Parlamentswahlen 2010 aufmerksam machen darf. Ich glaube fest daran, dass unser Programm diejenigen, die uns schon bis jetzt das Vertrauen geschenkt haben, in diesem nur bestärkt und diejenige überzeugt, die sich noch nicht trauten auf die „bessere Hälfte ihrer Vernunft“<sup>vi</sup> zu hören. Schließlich glaube ich, dass es letztendlich diejenige zum Rückzug zwingt und unsicher macht, die Ungarn nicht als ihr Vaterland, das Ungarntum nicht als ihre Nation betrachten. Hier kann jeder schwarz auf weiß lesen, was die Jobbik will: die rücksichtslose Bekämpfung der Politikerkriminalität, eine Wirtschaftspolitik, die anständige Arbeit schafft, einen aktiven und interventionistischen Staat, der den heimischen Unternehmen und Produzenten hilft, eine Landwirtschaft, die auf Familienbetriebe aufbaut, eine starke öffentliche Sicherheit und Ordnung, die auf einer runderneuerte Polizei und neu zu gründende Gendarmerie basiert, eine Bildungs-, Kultur- und Medienpolitik, die nationale Werte und Interessen vermittelt, ein verantwortungsvolles und berechenbares staatliches Gesundheits- und Rentenwesen, nach fünfundsechzig Jahren endlich wieder eine wahre nationale Volkspolitik<sup>vii</sup>, eine Jugendpolitik, welche ein rechtschaffenes Leben und Familiengründung in der Heimat ermöglicht. In einem Wort zusammengefasst: die Rückgewinnung unserer nationalen Selbstbestimmung. Noch kürzer zusammengefasst: eine schönere Zukunft!<sup>viii</sup>

Jobbik wurde bisher unzählige Male vorgeworfen, dass sie zwar wichtige Themen benenne, aber kein Programm hätte. Das ist aus zwei Gründen eine Lüge. Erstens: wenn nur die Jobbik unzählige wichtige Probleme aufgedeckt hat, dann bedeutet das zugleich, dass die anderen Parteien in Wahrheit gar kein Programm hatten. Wie könnten auch diejenigen politischen Kräfte ein Programm haben, die nicht einmal den Mut dazu haben, auf grundlegende Fragen einzugehen. Sie sind wie der Arzt, der dergestalt heilen möchte, dass er nicht willens oder fähig ist die Diagnose zu benennen. Zweitens: sogar dem Blinden fällt es auf, dass in den vergangenen Jahren und insbesondere in der Zeit als die Wahlen näher rückten, haben sowohl Fidesz als auch MSZP – ganz zu schweigen von den Splitterparteien – nichts anderes getan als Elemente vom Programm der Jobbik übernommen und



ihrem Geschmack nach verändert. Unterdessen haben sie betont, dass die Jobbik kein Programm hätte, während in Wahrheit allein Jobbik ein lebensfähiges und realistisches Programm zur Rettung der Nation hatte und hat. Der werthe Leser kann sich davon auf den nächsten Seiten selbst überzeugen.

Es ist notwendig, ein Thema besonders hervorzuheben. Wenn wir anfangen, uns auf den Weg festzulegen, der unser Vaterland aus dieser furchtbaren Lage herausführen soll und wenn wir diese schier unglaubliche Zerstörung sehen, die das Ungarntum befiel, müssen wir die Frage stellen: konnte dies nur das Werk des Zufalles sein. Nach der Meinung der Jobbik kann das nicht der Fall sein. Unser Vaterland, unsere Nation – in Anbetracht unserer ausgezeichneten Umwelt und geopolitischen Bedingungen – konnte nur vorsätzlich und im Voraus geplant in so eine Tiefe gestürzt werden. Die Erkenntnis dieses Umstandes ist bereits der erste Schritt auf dem Weg zur Heilung, denn wir können uns auf dieser Weise zumindest bewusst machen: wir können auf nichts und niemanden im Kampf um unser Weiter- und Überleben zählen außer auf uns selber. Wenn wir uns unserer Aufgabe mit ausreichendem Mut, Weisheit und Demut stellen, dann werden wir unsere Ziele erreichen.

Das Programm der Jobbik ist das Programm eines jeden vernünftigen, rechtschaffenen und gerechten Ungarn. Das Dokument trachtet nicht danach unerreichbare Träume zu verwirklichen, wir wollen lediglich solche grundlegende Sachen erreichen wie Ordnung, Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Wenn jemand unsere Ansichten kennen lernt, dann wird er feststellen, dass er schon immer ein Jobbik-Anhänger war, dies nur bis jetzt nicht wusste. Unser Programm haben wir nicht für die Kampagne konzipiert, das seine Gültigkeit unmittelbar nach den Wahlen verliert, sondern deshalb, weil wir es tatsächlich ernst nehmen und weil wir das hier Abgeschriebene verwirklichen wollen, weil wir für diese Werte, Prinzipien und Vorstellungen in der Kirche der Nation, im ungarischen Parlament kämpfen wollen und kämpfen werden.

Es ist kaum möglich, die Bedeutung der Wahlen 2010 zu überschätzen. Uns erwarten mit Sicherheit die wichtigsten Wahlen in den letzten 20 Jahren, denn es geht nicht mehr um einen einfachen Regierungswechsel, sondern um die Zukunft der Nation. Wir stimmen jetzt nicht nur über Wahllisten und Kandidaten ab; in Wahrheit werden wir eine Volksabstimmung über die vergangenen 20 Jahre abhalten. Wenn das seit 1990 existierende System weiter Bestand haben wird oder an ihm nur kleiner Korrekturen durchgeführt werden, so kann das sehr schnell das Ende von Ungarn bedeuten. [...]

[S.7]

## **II. Aufklärung und Nichtigerklärung der Privatisierungsmissbräuche**

Die letzten zwanzig Jahre:

- In Folge der im Zuge der Systemtransformation einsetzenden „spontanen“ Privatisierung geriet ein Großteil des nationalen Vermögens in die Hände der alten Partielite, die seitdem die Macht besitzt.
- Die früheren Regierungen haben nahezu den gesamten Produktions-, Finanz- und Dienstleistungssektor an Ausländer verkauft, welche die Fabriken geschlossen haben und unsere Heimat mit ihren eigenen Produkten überflutet haben.
- Der linksliberale Amoklauf der letzten acht Jahren<sup>ix</sup> hat noch mal den Großteil der restlichen gewinnbringenden Unternehmen verscherbelt.

[...]

Die schönere Zukunft<sup>x</sup>:

- Wir werden die sittenwidrige und dem Land unverhältnismäßige hohe Verluste verursachende Privatisierungsverträge überprüfen die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen und den Schaden durch sie ersetzen lassen. Dazu werden wir alle Möglichkeiten der Gesetzgebung in Anspruch nehmen.
- Wir müssen dem verfassungsrechtlichen Erfordernis Geltung verschaffen, dass das Gemeineigentum genauso wie Privateigentum geschützt werden soll.

[...]

- Wir sind gegen Konzessionen bei der Bahn, weil deren Vergabe langfristig zum Verschwinden vieler Strecken führen kann.
- Das in Zukunft zu gründende Zentrum für nationale Gerechtigkeit wird eine zweistufige Strategie anwenden. Solange die anti-nationale Gesetze in Kraft bleiben, werden massenhaft Klagen beim zuständigen Staatsanwalt und bei jedem zuständigen Organ eingereicht [...]. Im zweiten Schritt wird im Interesse des restlich verbliebenen nationalen Eigentums der Erlass eines Gesetzes initiiert, welches dazu geeignet ist, dessen ungerechtfertigten Verkauf effektiv zu verhindern [...]

### III. Die Modifizierung des Beitrittsvertrages

Die vergangenen zwanzig Jahre:

- Im Zusammenwirken haben Fidesz, MSZP und SZDSZ die politischen Interessen der ländlichen Bevölkerung „ausverkauft“, die den Günstlingen der Großinvestitionen und dem Agrarbusiness zu Gute kamen.
- Unser Lebensmittelmarkt wurde zu 100% geöffnet, während wir nur 25% der Agrarbeihilfe erhalten, die dem Bauer der alten EU-15 zukommt<sup>xi</sup>.

Die schönere Zukunft:

- Wir werden die nachteiligen Punkte der Beitrittsverträge überprüfen.
- Wir werden das Erwerbsverbot vom ungarischen Boden für Ausländer und juristische Personen auch nach 2011 aufrechterhalten, selbst wenn dadurch unsere EU-Mitgliedschaft in Frage gestellt wird.
- Wir verteidigen mit allen zur Verfügung stehenden Mittel unsere Lebensmittelmärkte, wir wollen nach einer Revision des Wettbewerbsrechts bei den multinationalen Unternehmen eine Quote von 80% heimischen – 20% ausländischen Produkten erreichen.

### IV. Arbeit statt „Stütze“: wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen!

Die vergangenen 20 Jahre:

- Die Richtung der Sozialpolitik wurde von Tabus umgeben, von den Interessen der Tagespolitik und den aus ihnen entspringenden „Vernebelung“ bestimmt. Hinsichtlich einiger schädlicher gesellschaftlicher Phänomene wurden bis jetzt nicht einmal die richtigen Fragen gestellt.
- Die in Vierjahres-Zyklen denkenden politischen Parteien haben die Sozialpolitik lediglich zur Ausweitung ihrer Wählerschaft benutzt.
- Die Sozial- und Arbeitslosenhilfe und andere Unterstützungen haben nicht auf die Selbstinitiative und Reintegration der Betroffenen fokussiert, die Umverteilungsmechanismen kann man im günstigsten Fall als ineffektiv, teuer und bürokratisch bezeichnen, im schlimmsten Fall als korrupt.

Die schönere Zukunft:

- Wir planen eine radikale Veränderung in der gegenwärtig ungerechten Sozialpolitik. Unser Ziel ist es, dass jede arbeitsfähige Person ausschließlich im Gegenzug zur Arbeit einen Anspruch auf „Stütze“ haben soll.
- Personen und Familien, die an ihren Schicksal ändern wollen und die angebotene Arbeit annehmen, werden wir mit der landesweiten Einführung eines Sozialtickets jede Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lebensumstände geben. Wir bekämpfen damit zugleich die Wuchergeschäfte<sup>xii</sup>.
- Das Ziel unserer Sozialpolitik ist es, die Entstehung der Abhängigkeit von den Sozialleistungen zu vermeiden. Das Ziel liegt in der Förderung der Selbstversorgung, welche die Selbstachtung der Menschen vor sich selbst verstärkt und somit zugleich die Entstehung einer gesunden Gesellschaft fördert. Statt Geld wollen wir die Möglichkeit des Geldverdienens sicherstellen. Es ist notwendig die dazu erforderlichen Um- und Weiterbildung sowie die Arbeitsvermittlung zweckmäßiger und effektiver zu gestalten.
- Diejenige Personen, deren Gesundheitszustand es erlaubt und die im arbeitsfähigen Alter sind, aber nicht willens sind eine ihnen angebotene und ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit anzunehmen, werden überhaupt keine Geldleistungen erhalten.
- Den Großteil der Geldleistungen werden wir in Naturalleistungen umwandeln und statt monatliche, diese wöchentliche den Betroffenen zukommen lassen. [...]
- Ein wichtiges Ziel ist auch, den Missbrauch mit den verschiedenen Formen der Sozialleistungen zu bekämpfen. Jedem ist klar, dass man für einige zehntausend Forint<sup>xiii</sup> einen Anspruch auf Invalidenrente erwerben kann, ähnlich ist es mit der Ausstellung von Behindertenparkausweise. Diese Genehmigungen werden wir überprüfen.

## **V. Zurück vom Zigeunerweg**

*Programm der Zigeunerpolitik*

[...]

Zigeunerpolitische Grundlegungen

Unabhängig von der politischen Zugehörigkeit, ist jeder damit einverstanden, dass das Zusammenleben zwischen Zigeuner und Ungarn ein ernstes, wenn nicht das „ernsteste“ Problem der ungarischen Gesellschaft ist. Das Besondere der ungarischen Lage ist, dass es in den letzten Jahrzehnten überhaupt keine Fortschritte gab, im Gegenteil, die Lage hat sich weiter verschlechtert bis hin zur Unerträglichkeit an einigen Orten des Landes. Der erste Schritt auf dem Weg zur Lösung ist immer die Erstellung einer Diagnose und weil das bei uns nicht geschehen ist, so kann man sich nicht über die tragischen Zustände wundern.

Die Erstellung einer sachlich gerechtfertigten Diagnose wird dadurch erschwert, dass der Diskussionsraum vollständig durch „politisch korrekte“ Sprachregelung verwendende linksliberale Ideologen und Experten besetzt wird, die diejenige, die eine sachliche Diskussion befürworten als Rassisten abstempelt und somit vermeidet, die eigentlichen Argumente aufeinanderprallen lassen. Nachdem sie das getan haben, wird das Zigeunerproblem durchgehend im falschen Licht dargestellt, in dem die Zigeuner als arme, elende Opfer und die Ungarn als rassistische, intolerante Aggressoren erscheinen. Während die ungarische Gesellschaft im Zuge ihrer Geschichte unzählige Male unter Beweis gestellt hat, dass sie eine tolerante und offene Nation ist, reden gewisse Kreise ständig von Vorurteilen. Die Problembewältigung wird auch dadurch verhindert, dass die Politik in den vergangenen zwanzig Jahren die Zigeuner lediglich als leicht käufliche Wähler betrachtet hat, deren Probleme nach den Wahlen unter den Teppich gekehrt wurden. Die Politik hat es zugelassen, dass sie weiter unter ihren premodernen Gesellschaftsverhältnissen weiterleben.

Die erste Aufgabe ist eine ehrliche Lageeinschätzung. Die Aussprache der Wahrheit, selbst wenn es noch so weh tut. Die Lage der Zigeuner ist in ihrem gegenwärtigen Zustand eine tickende Bombe. Wenn kein fachlich gerechtfertigter und sofortiger Eingriff unternommen wird, kann dieses Problem unser Vaterland in einen Bürgerkrieg treiben. Der Großteil der Zigeuner lebt jenseits der Welt der Arbeit, der Gesetze und der Bildung aus dem viele möglicherweise nicht nur nicht ausbrechen können, sondern auch nicht Absicht hegen, ausbrechen zu wollen. Mangels echter Datenerhebungen wissen wir nichts mit Sicherheit, wir können nur erahnen, wie sich diese Gemeinschaften gegenüber der Mehrheit der ungarischen Gesellschaft fühlen. Generationen sind derart aufgewachsen, dass sie ihre Eltern nicht in die Arbeit gehen sahen. Es steht zu befürchten, dass ein Teil der Zigeuner sich überhaupt keine Integration wünscht, keine Arbeit, keine Bildung, sondern nur noch die von der Gesellschaft garantierte Sozialhilfe.

Nach Meinung der Jobbik ist die Zigeunerfrage ein komplexes Problem, deshalb muss deren Behandlung auch ein komplexes Programm darstellen. Einerseits ist die Bekämpfung der

Zigeunerkriminalität mit den geeigneten polizeilichen Maßnahmen die dringendste Aufgabe. Der Begriff der Zigeunerkriminalität bedeutet natürlich nicht, dass alle Zigeuner Kriminelle wären. Er bedeutet also weder die kollektive Verurteilung des Zigeunertums noch Rassismus, denn unter dem Phänomen verbirgt sich keine genetische Determinierung, sondern eine besonderer soziokultureller Hintergrund. Er ist ein kriminologischer Begriff, demzufolge es spezifische Delikte gibt, die durch diese Minderheit charakteristischerweise begangen wird (zum Beispiel: Wuchergeschäfte, Messerstecherei, Massenschlägerei, Buntmetalldiebstahl) und dessen Behandlung besondere Maßnahmen erfordert. Die Opfer der Zigeunerkriminalität sind oft selber Zigeuner. Die Jobbik – sie erreicht damit einen historischen Durchbruch – hat es ausgesprochen und spricht es weiter aus, was jeder bereits weiß, aber im Sinne der „politischen Korrektheit“ verschwiegen wird: Zigeunerkriminalität existiert nicht nur, sie wuchert geradezu. Sie muss mit entschlossenem Auftreten bekämpft werden. [...]

Neben der Wiederherstellung der Ordnung, muss für sie auch der Möglichkeit zum Aufstieg und der Erwerb einer Kultur der Rechtstreue garantiert werden: das Sozial-, Arbeits, und Bildungswesen muss dergestalt verändert werden, dass diese zur Einhaltung der Gesetze und die Rückkehr in die Welt der Bildung und Arbeit fördern. [...]

Die vergangenen zwanzig Jahre:

- Während der sog. Systemtransformation haben Massen des Zigeunertums ihre Arbeit verloren und konnten oder wollten sich den veränderten Bedingungen nicht anpassen. Es ist eine unglaublich große Arbeitslosigkeit entstanden, welche noch durch mangelnde oder kaum vorhandene Bildung verschlimmert.
- Die Zigeuner wurden durch die positive Diskriminierung in eine solche künstliche Opferrolle gedrängt, die ihnen die Möglichkeit boten, sich nicht mehr um das Erbringen von Leistungen in der Gesellschaft zu kümmern.
- Innerhalb des Zigeunertums hat sich die „unterhaltsinitiierte“ Familiengründung und Vermehrung zu einer Lebensform entwickelt, aufgrund derer diese Familien immer wieder Kinder kriegen nur um die staatliche Unterstützung für diese einzukassieren.
- Massen von jugendlichen Zigeuner sind so aufgewachsen, dass sie ihre Eltern nicht in die Arbeit gehen sahen und sie selbst nicht in die Schule gingen.

- Das Zigeunertum hat auf mehreren Gebieten des Landes die Bevölkerung unter einen unerträglichen kriminologischen Druck gesetzt, den die Regierung nicht bekämpfen wollte und auch nicht konnte.
- Die Verklärung des Begriffs der Zigeunerkriminalität zur Armutskriminalität hat das Zigeunertum nahezu eine moralische Rechtfertigung für eine kriminelle Lebensform erhalten. [...]
- Die Gemeinden, die mit dem Problem der integrationsunfähigen und den Unterricht erschwerenden Kindern kämpfen, wurden der Segregation bezichtigt und erhielten deswegen Bußen statt Hilfe. [...]

Die schönere Zukunft:

- Es muss eine umfassende und tiefgreifende Untersuchung über die Zigeuner erstellt werden. Diese soll ihre Zahl, Familienstand, demographische Dynamik, Bildung, ihr Verhältnis zur Kriminalität, ihre Attitüde zur Mehrheitsgesellschaft und ihre Einstellung zur Integration beinhalten.
- Um die Abschaffung der Zigeunerkriminalität zu erreichen halten wir es für notwendig, dass die Polizei verstärkt und die Gendarmerie aufgestellt wird.
- Die Sozialhilfe darf nicht in Bargeld ausbezahlt werden, sondern muss in Form eines Sozialtickets die Bedürftigen erreichen, damit eine schlechte Verwendung der Steuern ausgeschlossen werden kann.
- Um der zur Lebensform erhobene Familiengründung und Vermehrung Einhalt zu gebieten muss die Familienunterstützung/Kindergeld ab dem dritten Kind in eine Steuerbegünstigung umgewandelt werden. Das Kindergeld muss an die Schulpflicht gekoppelt werden.

[...]

- Die Integration des Zigeunertums bedeutet die Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft, sie muss schon im Kindesalter, im Kindergarten und Grundschule beginnen.
- Gegen diejenigen, die die Normen des Zusammenlebens in der Schule dauerhaft verletzen, muss ein wirksames Sanktionssystem errichtet werden (Ausschluss vom Unterricht, Erziehungsheim als letzte Lösung).

- Wir unterstützen die Ausbildung und Beschäftigung von Zigeunerpädagogen in den Schulen von Gemeinden, die dicht von Zigeunern bewohnt werden. Dazu ist es notwendig, eine staatliche Stipendiensystem ins Leben zu rufen, welches den fähigen und begabten Zigeunerkindern schon am Ende der Grundschule unter die Armen greifen kann, beziehungsweise die Errichtung von besonderen Gymnasien, wo sie eine spezielle Vorbereitung für und vor der Hochschule erhalten. Für so ein Programm könnten bedeutende EU-Gelder abgerufen werden. [...]
- Das gesamte Bildungssystem muss derart reformiert werden, dass so viele jugendliche Zigeuner wie nur möglich zu einem arbeitsmarktfähigen Abschluss gelangen. [...]

## **VI. Die Bekämpfung der Politikerkriminalität**

Die vergangenen zwanzig Jahre:

- Das Ansehen vom Politikerberuf ist in den letzten Jahrzehnten gänzlich verfallen. Das Wort Politiker ist nicht ohne Grund zum Synonym des Gauners geworden.
- Die Politiker haben, obwohl ihre Aufgabe die gerade die Gesetzgebung ist, immer wieder die Gesetze verletzt, ihre eigene Straflosigkeit haben sie dann entweder gegenseitig oder mit Hilfe der Medien vertuscht oder sie haben sich hinter ihrer Immunität vor der Strafverfolgung versteckt.
- Während die Parteien im Parlament scheinbar ernsthafte Auseinandersetzungen führten, sind ihre wirtschaftlichen Interessen zusammengewachsen, und die öffentlichen Gelder wurden im Zuge von Großinvestitionen den Parteiinteressen entsprechend maffiaartig verwendet.
- Die Politiker haben aus rechtlichen und kommunikationsbezogene Mittel solche Schutzwälle um sich herum errichtet, dass sie nahezu unantastbar geworden sind.
- Abgesehen von einigen unbedeutenden oder geradezu ablenkenden Schauprozessen wurden genau deshalb niemanden der Prozess gemacht.

Die schönere Zukunft:

- Die Jobbik will umfassend zur Rechenschaft ziehen. Weder die nelkenartige, noch die orangene<sup>xiv</sup> Politikerkriminalität kann ohne wiederherstellende Gerechtigkeit bleiben.



- Zwecks Aufklärung der politischen Missbräuche in den letzten zwanzig und insbesondere in den letzten acht Jahren, werden wir das Gergely Pongráz<sup>xv</sup> Zentrum für Nationale Gerechtigkeit errichten. Die Aufgabe des die Justiz unterstützenden Zentrums wird die Aufklärung und der bisher vertuschten Delikte und das Auffinden der Verantwortlichen sein. Hierzu zählt auch die Aufklärung über den Ursprung und Rechtmäßigkeit der Staatsverschuldung und über den Verlust des Vermögens der Nation.
- Wir werden die Geheimhaltung über diejenigen Fälle auflösen, die dem Gemeininteresse widersprechen und wir werden die Agentenlisten veröffentlichen.
- Wir werden das Recht auf Immunität abschaffen, weil es statt seiner ursprünglichen Funktion, nämlich die freie und ruhige Arbeit der Abgeordneten zu garantieren, nunmehr dazu dient, der strafrechtlichen Verantwortung zu entgehen.
- Wir werden in Bezug auf die Politiker [...] das Strafmaß verdoppeln. [...]

## VII. Die Aufstellung der Gendarmerie

Die vergangenen zwanzig Jahre:

- Die Frage der Gendarmerie wurde zum politischen Thema gemacht, man war bemüht diese als faschistische Organisation darzustellen, um damit eine fachliche und sachliche Diskussion zu verhindern.

Die schönere Zukunft:

- Als effektives Mittel gegen die ausufernde Kriminalität, werden wir gemäß unseren Traditionen und nach dem Vorbild anderer Länder [...] das Institut der Gendarmerie wieder ins Leben rufen.
- Sie wird unter der Aufsicht des Innenministers mit landesweiten Zuständigkeit neben der Polizei als ordnungshütende Organisation funktionieren. Den besonderen Erfolg der Gendarmen wird ihr relativ kleiner Einsatzgebiet und die daraus folgende ausgezeichnete Ort- und Menschenkenntnis garantieren.
- Die Gendarmerie wird die Eliteeinheit der Ordnungshüter bilden. Die Bewerber müssen bei der Aufnahme in die Organisation strengen physischen und psychischen Voraussetzungen genügen;

ihre Arbeit werden sie nach einer zweijährigen Spezialausbildung aufnehmen. Für die Zeit des Übergangs [solange die Gendarmerie noch nicht voll ausgebildet ist – P. Cs.] wird die Bereitschaftspolizei, welche bis jetzt zur Ausübung politischer Rachefeldzüge eingesetzt wurde, für die Ordnungsaufgaben einbezogen. Außerdem wollen wir die Zahl der Polizeiwachen erhöhen.

- Die Anzahl der Gendarmerie wollen wir anhand der kriminalistischen Infektion des betroffenen Gebietes festlegen. Ihre Kleidung wird den historischen Traditionen<sup>xvi</sup> entsprechen und sich damit von der gewöhnlichen Polizei unterscheiden.

- Der Gendarm kann von seinem Einsatzgebiet ausschließlich nur in außerordentlichen, durch die im Grundgesetz festgelegten Fällen abgezogen werden.

## **VIII. Der Aufbau der Ungarischen Nationalgarde**

Die vergangenen zwanzig Jahre:

- Die ungarischen Streitkräfte gehören zu den wenigen Streitkräften auf der Welt, die nicht über Reservekräfte verfügen.

- Mit der Auflösung der Wehrverwaltung ist jegliche Verteidigung des Hinterlandes unmöglich geworden, was sich bereits als Mangel im Katastrophen- und Ordnungsschutz gezeigt hat.

- Die aufgrund ziviler Initiative errichtete Ungarische Garde wurde auf Druck der Regierung aufgelöst.

Die schönere Zukunft:

- Die Mitglieder der Ungarischen Garde haben es bewiesen, dass sie auch in der schwierigsten Lage für die Verteidigung des Vaterlandes fähig und bereit sind. Die vereidigten Gardisten sind solche Werte des Landes, auf die in der Zukunft wichtige Aufgaben warten: sei es in der Gendarmerie, in den Reservekräften der Streitkräfte oder in anderen zivilen Organisationen.

- Wir werden eine staatliche Reservekraft aufstellen, die Ungarische Nationalgarde. Diese wird fähig sein, die ungarischen Streitkräfte dauerhaft zu unterstützen und ihr Nachschub zu gewähren, zudem wird sie wichtige Objekte des Hinterlandes verteidigen.

- Die Ungarische Nationalgarde wird gemäß der internationalen Methode „Soldat im Krieg, Zivilist im Frieden“ aufgebaut. Zu ihren Aufgaben werden in Friedenszeiten Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes gehören, im Verteidigungsfall wird die Garde den Streitkräften untergeordnet.
- Die Ungarische Nationalgarde gehört in Friedenszeiten organisatorisch nicht zu den Streitkräften; sie ergänzt diese nur.

---

<sup>i</sup> Entspricht in etwa der Funktion des Präsidenten der Republik in der Bundesrepublik Deutschland

<sup>ii</sup> Entspricht in etwa der Funktion des Bundeskanzlers in der Bundesrepublik Deutschland.

<sup>iii</sup> Betrifft die Vertragsgrundlagen von Ungarns EU-Beitritt

<sup>iv</sup> Der „Zigeunerweg“ wird allgemein und umgangssprachlich als Redewendung für den Fall benutzt, wenn sich jemanden beim Essen oder Trinken verschluckt: „Etwas ist auf den Zigeunerweg geraten“.

<sup>v</sup> Übersetzt: „honvédség“

<sup>vi</sup> „besser“ ist hier sprachlich ungewohnt verwendet – sie ist vermutlich eine Anspielung auf den Parteinamen „Jobbik“. Dieser kann „besser“ oder auch „rechter“ bedeuten.

<sup>vii</sup> Das Wort „nemzetpolitika“ ist ins Deutsche nicht eins zu eins übertragbar. Wortwörtlich heißt es: „Nationspolitik“. Inhaltlich wird mit dem Begriff u.a. auf die Auslandsungarn Bezug genommen, der policy-Bereich erstreckt sich also auf das gesamte Ungarntum. Die „vor 65 Jahren“ beziehen sich auf den Wendepunkt 1945 – Ungarn war davor eine autoritäre Demokratie mit einer rechtsnationalen und rechtskonservativen politischen Führung. Nach dem Verlust des zweiten Weltkrieges wurde Ungarn allmählich zur sozialistischen Diktatur.

<sup>viii</sup> „bessere Zukunft“ war die offizielle Grußformel der Ungarischen Gardisten. Auf die Grußformel „Gott soll geben“ musste die Antwort „eine bessere Zukunft!“ sein.

<sup>ix</sup> Gemeint sind die Regierungen von Ferenc Gyurcsány und Gordon Bajnai in der Zeit 2002-2010. Die Sozialisten (MSZP) waren sieben Jahre lang in Koalition mit den Liberalen (SZDSZ),

<sup>x</sup> Der Ausdruck „die schönere Zukunft“ verweist unmissverständlich auf die Grußformel der Gardisten. Diese begrüßten sich offiziell folgendermaßen: Auf die Ansprache „Gott soll uns geben“ folgte die Antwort „Eine schönere Zukunft!“. Hinzuweisen ist noch auf die Gesamtseitenzahl (88) des Programms, die zumindest in Deutschland eine Zuordnung in die neonazistische Symbolik bedeutet. In Ungarn ist die Bedeutung und das Bewusstsein über diese Zahl bei weitem nicht verbreitet. Den Autor dankt hier Verena Wanner, die ihn darauf aufmerksam machte.

<sup>xi</sup> Gemeint sind die alten 15 Mitgliedsstaaten bis zur Osterweiterung.

<sup>xii</sup> Damit ist gemeint, dass die ärmere Schicht so die Möglichkeit nicht mehr hat, die empfangene „Stütze“ gegen Wucherzins ggü dem Wucherer weiterzugeben.

<sup>xiii</sup> Etwa 30 – 90 €. Der übermäßige Missbrauch von Invalidenrente und Behindertenausweis wird in Ungarn immer wieder diskutiert.

<sup>xiv</sup> Die Nelke ist das Symbol der MSZP, die Orange war das Symbol der Fidesz in den 90-er Jahren.

<sup>xv</sup> Der mittlerweile verstorbene Pongrácz war ein Widerstandskämpfer im Jahre 1956. Er hat die Jobbik in der Gründungsphase unterstützt. Von ihm ist auch die Jobbik-Nahe Stiftung benannt.

<sup>xvi</sup> Charakteristisch für den „csendőr“ [Gendarm] war sein Hut mit einer eingesteckten Hahnfeder. Unlängst ist ein Bilderbuch über die verschiedenen Uniformen der ungarischen Gendarmen erschienen: Sipos András: A magyar királyi csendőrség egyenruházata és felszerelése 1920 – 1945 [Die Uniform und Ausrüstung der königlich-ungarischen Gendarmerie], Hermannos Kiadó, Budapest 2010.

**Donau-Institut Working Papers**  
**ISSN 2063-8191**

---

**Kopien können bestellt werden bei:**

Universitätsbibliothek  
Andrássy Universität Budapest  
PF 1422  
1464 Budapest  
Hungary

Besuchen Sie uns auf unserer Homepage unter <http://www.andrassyuni.eu/donauinstitut>. Wir machen sie darauf aufmerksam, dass wir die Weitergabe des entsprechenden Working Paper einstellen, falls eine revidierte Version für eine Publikation an anderer Stelle vorgesehen ist.